

EU-Jobgipfel in Italien erneut abgesagt

Der für Anfang Oktober ange-setzte Sondergipfel der Euro-päischen Union zum Thema Beschäftigung ist nach Anga-ben der französischen Regie-rung abgesagt. Es habe Termin-probleme gegeben, begründe-te ein Regierungssprecher die Entscheidung am Mittwoch. Bei dem Gipfel in Italien soll-ten die Staats- und Regierungschefs der EU über die stocken-de Konjunkturerholung und die hohen Arbeitslosenzahlen beraten. Der italienische Minis-terpräsident Matteo Renzi hat-te bereits einen für Anfang Juli geplanten EU-Beschäftigungsgipfel abgesagt. Italien übt bis zum Jahresende die Präsident-schaft des EU-Rates aus. Reuters

EU kündigt weitere Hilfen für Bauern an

Die EU-Kommission hat weitere Hilfen für die vom russischen Einfuhrstopp betroffenen Landwirte in Aussicht gestellt. Einzelheiten zum Umfang der Unterstützung sollen Anfang kommender Woche vorgelegt werden, sagte ein Sprecher der Brüsseler Behörde. Eine Sum-me nannte er nicht. Die EU hat bereits 125 Millionen Euro an Hilfen angekündigt, nachdem Russland als Reaktion auf west-liche Sanktionen ein Einfuhr-verbot für Gemüse, Obst, Fleisch und Milchprodukte ver-hängt hatte. Reuters

Inflation etwas höher als erwartet

Die Teuerung in den Euro-Län-dern bleibt extrem niedrig, lag im August aber etwas höher als zunächst gedacht. Die jäh-rliche Teuerungsrate betrug wie im Vormonat Juli 0,4 Pro-zent – und nicht wie zuerst berechnet 0,3 Prozent. Das teilte die europäische Statistik-behörde Eurostat am Mitt-woch in ihrer zweiten Schät-zung in Luxemburg mit. Den-och verharret die Teuerungsr-ate auf dem tiefsten Stand seit knapp fünf Jahren. Zuletzt hat-te die Rate im Oktober 2009 mit 0,1 Prozent niedriger ge-len. dpa

Viele Tote bei Luftangriffen

Bei Angriffen der syrischen Luftwaffe in der Provinz Homs sind nach Angaben einer Oposition-gruppe mindestens 48 Menschen getötet worden. Wie die Beobachtungsstelle für Menschenrechte am Mitt-woch berichtete, kamen bei den zweitägigen Bombarde-ments nahe Talbiseh neben et-wa einem Dutzend Kämpfer sowie Kommandeuren der Re-bellen auch zahlreiche Frauen und Kinder ums Leben. Die Zahl der Toten dürfte noch steigen, da Dutzende Men-schen schwer verletzt worden seien. Reuters

„Eine Geldpolitik für alle funktioniert nicht“

Griechenlands Finanzminister Gikas Hardouvelis über unkonventionelle Maßnahmen der EZB, die Sanierung des Haushalts - und Euro-Bonds.

S eit drei Monaten erst am-tiert Gikas Hardouvelis als griechischer Finanzminis-ter. Aber die Opposition fordert schon seinen Rück-tritt - wegen eines unpopulären Ge-setzes zur Immobilienbesteuerung, das er von seinem Vorgänger geerbt hat. Wenige Tage vor Hardouvelis' Besuch in Berlin am Dienstag traf Handelsblatt-Korrespondent Gerd Höhler im Athener Finanzministe-rium einen dennoch gelassenen Hausherrn.

Herr Minister, Sie sind seit Juni Fi-nanzminister. Haben Sie es schon bereut?
Nein. Ich habe eine herausfordern-de Aufgabe und noch gar keine Zeit für Reue. Jede Woche, jeden Tag kommen neue Themen auf mich zu. Ich biete Lösungen an, und das gibt mir Zufriedenheit. Außerdem arbeite ich an der Strategie für Grie-chenland nach dem Ende des Kon-solidierungsprogramms.

Zu Ihren Themen gehört die Immo-biliensteuer, für deren Ungerechtig-keiten Sie hart kritisiert werden. In den meisten Ländern wird Im-mobilienbesitz besteuert. In Grie-chenland gab es das bisher nicht. Deshalb kommt die Steuer uner-wartet. Was es besonders schwer macht: Sie wird in einer Rezession erhoben. Selbst wer sich jetzt von seiner Immobilie trennen will, wird nicht leicht einen Käufer finden.

Stichwort Rezession: Wo steht Grie-chenland?
Ich kann nicht sagen, dass wir die Krise völlig hinter uns gelassen ha-ben. Aber wir sind auf einem guten Weg. Wir erwarten, dass die Wirt-schaft im dritten Quartal erstmals seit 2008 im Vergleich zum Vorjahr wieder wachsen wird. 2014 ist das Jahr der Stabilisierung. 2015 könn-ten wir ein Wachstum von 2,9 Pro-zent erreichen.

Könnte es angesichts der schwa-chen Konjunktur in Europa für Griechenland schwieriger werden?
Ja. Aber übersehen Sie nicht, dass Griechenland jetzt dank der Struk-turreformen wettbewerbsfähiger ist. Das zeigt sich bei unseren Ex-porten und im Tourismus.



Gikas Hardouvelis: Der neue Finanzminister trifft nächsten Dienstag Kanzlerin Merkel.

Nikos Pliets für Handelsblatt

VITA GIKAS HARDOUVELIS
Ökonom Der 1955 geborene Hardouvelis verbrachte nach dem Abitur 20 Jahre in den USA, machte seinen Master in angewandter Mathematik in Harvard und promovierte zum Doktor der Volkswirtschaft. 1994 kehrte er zurück.
Grenzgänger Die Berufung zum Finanzminister ist nicht der erste Ausflug des parteilo-sen Professors in die Politik. Er gilt als überzeugter Ver-fechter der Strukturreformen.

Sollte Deutschland mehr für das Wachstum in der EU tun?
Ich glaube, Deutschland versteht sehr gut seine führende Position in Europa. Es spielt eine sehr konstruktive Rolle.

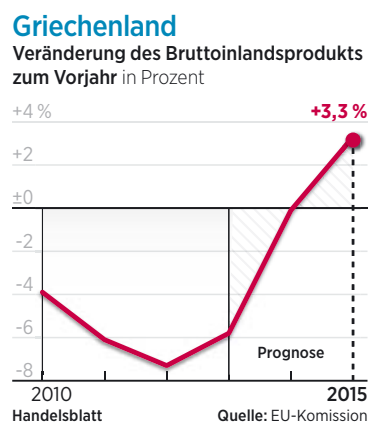
...sagt der Minister Hardouvelis. Was sagt der Ökonom?
(lacht) Nun gut, Deutschland hat eigentlich als größter Exporteur Europas ein Interesse daran, dass es der Wirtschaft in den anderen Ländern gutgeht. Denn dann geht es auch Deutschland gut. Wir müs-sen in Europa zu einem Konsens kommen. Dazu gehört, dass wir uns im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu bewegen ha-ben.

Was bedeutet das in der Praxis? Sollte etwa Frankreich mehr Zeit bekommen, beim Defizit die Drei-prozentgrenze einzuhalten?
Es wäre falsch, wenn Frankreich die Regel ignoriert. Wir sollten nicht die Fehler der Jahre 2003 und 2004 wiederholen, als Deutschland und

Frankreich die Defizitregeln miss-achteten – und danach viele das Gleiche taten. Frankreich sollte so behandelt werden wie alle anderen, das ist nur fair.

Also sollten notfalls die vorgesehe-nen Strafen verhängt werden?
Es kommt darauf an, um welche Art von Ausgaben es sich handelt. Wenn es um Investitionen geht, wä-re ich weniger strikt.

Das billige Geld der EZB kommt in Griechenland nicht an, weil die Ban-ken kaum Kredite vergeben. Wie wollen Sie dieses Problem lösen?
Herr Draghi hat mit dem geplanten Kaufprogramm für Kreditverbrie-fungen eine neue Politik eingeleitet.



Ich habe übrigens schon vor zwei Jahren in einem Wissenschaftsjournal für diesen Kurs plädiert. Denn damit kann die EZB die Liquidität besser kanalisieren. So könnten wir ein Grundproblem der Euro-Zone lösen: Eine Geldpolitik für alle – das funktioniert nicht. Wir müssen die Liquidität dort bereitstellen, wo sie benötigt wird.

Wo stehen Sie bei der Haushalts-konsolidierung? Manche Beobach-ter bezweifeln, dass Sie den für 2014 angesetzten Primärüberschuss er-zielen können.
Ganz im Gegenteil. Die Haushalts-daten der ersten sieben Monate zei-gen, dass der Überschuss höher ist als erwartet. Wahrscheinlich wird er die Vorgabe von 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts übertreffen.

Sind Sie für Euro-Bonds?
Ja, das bin ich, unter Voraussetzun-gen. Denken Sie einmal an die Zu-kunft der Euro-Zone: Wir haben ei-ne gemeinsame Geldpolitik, wir ha-ben Regeln für die Haushaltspolitik, aber wir haben keine Transferme-chanismen. Die brauchen wir, wenn ein Land von einem negativen Schock getroffen wird.

Ihr Kollege Wolfgang Schäuble wird das gar nicht gerne hören. Ich rede nicht von heute. Aber wenn Sie 20 Jahre in die Zukunft bli-cken, und wenn sich die Euro-Zone bis dahin gefestigt hat, wenn alle die Regeln des Stabilitätspakts einhal-ten und auf Augenhöhe miteinander umgehen, dann macht es Sinn, darüber nachzudenken.

Herr Minister, vielen Dank für das Interview.

Griechenland ist 2014 bereits zwei-mal an den Kapitalmarkt gegangen. Planen Sie eine weitere Emission?
Ja. Wir wollen 18-Monats-Papiere und siebenjährige Bonds begeben. Dahinter steht der Gedanke, den Anlegern ein breiteres Spektrum von Laufzeiten anzubieten. Nach den Emissionen der drei- und fünf-jährigen Bonds im Frühjahr wollen wir jetzt die Renditekurve auffüllen, um den Markt liquider zu machen.

Die Staatsschulden liegen aktuell bei etwa 175 Prozent der Jahreswirt-schaftsleistung. Ist das tragbar?
Ich glaube ja. Wir werden die Schul-denquote bis 2022 auf 110 Prozent zurückfahren. Der Großteil unserer Schulden liegt bei unseren europäi-schen Partnern. Und die geben uns gute Konditionen. Die Zinsen sind niedrig, die Laufzeiten lang.

Sie wollen noch bessere Konditio-nen: Athen möchte im Herbst über Schuldenerleichterungen sprechen. Zunächst: Ich glaube nicht, dass ir-gendein Europäer einen Forde-rungsverzicht akzeptieren würde. Das müsste von den Parlamenten gebilligt werden, was unrealistisch ist. Ein gangbarer Weg wäre, die Fäl-ligkeiten der Kredite zu verlängern und niedrige Zinsen festzuschrei-ben. Das ist politisch durchsetzbar und ökonomisch vernünftig.

Sehen Sie eine Finanzierungslücke in den beiden kommenden Jahren? Die Lücke wird winzig sein.
Der IWF beziffert sie auf zwei Milli-arden Euro. Das ist deren Schätzung. Wir gehen von 900 Millionen aus, was 0,5 Pro-zent des BIP wären. Das ist keine nennenswerte Größenordnung. Ich bin optimistisch, dass wir diese Lü-cke schließen können.

Braucht Griechenland ein drittes Rettungspaket?
Ich glaube nicht. Wir können uns inzwischen an den Märkten zu ver-tretbaren Konditionen refinanzie-ren – übrigens zu niedrigeren Zin-sen, als der IWF sie uns berechnet. Im Laufe der Zeit werden die Ren-diten noch weiter zurückgehen. Wir könnten Portugals Beispiel folgen.

Staatsbesuch bei Mondschein

Wie Indien und China ihr gespanntes Verhältnis wieder kitten wollen.

Frederic Spoer
Bangkok

N ichts sollte für den Gast zu schade sein: Für den mehr-tägigen Besuch des chinesi-schen Präsidenten Xi Jinping hat der indische Regierungschef Na-rendra Modi extra fünf riesige Schweizer Luxus-Pavillons errich-ten lassen. Zum Flussufer des Sa-barmati in Ahmedabad lud er rund 150 Delegierte bei Kerzen-licht zum „Mondschein-Dinner“. Der Ort der pompösen Veran-staltung ist kein Zufall. Das Fluss-ufer in Ahmedabad ist eines der größten städtischen Infrastrukt-urprojekte Indiens der vergangenen Jahre. Als Regierungschef des Bun-desstaats Gujarats machte Modi den Bau zu einem seiner Aushän-geschilder. Mit dem Chinesen Xi kommt nun der erste ausländische Staatsgast, der nicht in der Haupt-stadt Neu Delhi empfangen wird.

Doch beim „Mondschein-Din-ner“ und dem anschließenden Spaziergang am Flussufer dürfte es nicht nur festlich zugegangen sein. Erst vergangene Woche wa-ren chinesische Soldaten Medien-berichten zufolge in indisches Territorium im Himalaja marschiert, um dort eine Straße zu er-richten. Indische Einheiten zwan-gen sie zur Um-kehr. Auch die Inder pro-zivierten den Nach-barn: Mit Viet-nam vereinbarten sie einen neuen Kredit für Rüstungs-lieferungen. Die Chi-nesen sehen das nicht gerne: Derzeit verschlechtern

Modi gilt als großer Bewunderer Chinas. Während seiner Regierungzeit in Gu-jarat versprach er, den Bundesstaat in Indiens „Gu-angdong“ zu verwandeln. Am Flussufer in Ahmedabad, wo er mit Xi speiste, sieht Indien schon fast so moder-n wie das östliche Vorbild.

Chinas Präsident Xi Jinping: Schwierige Indien-Visite.



Reuters

Sparen als Geschäftsmodell

Politik soll Energieversorger bei Effizienzsteigerung unterstützen.

BERLIN. Stadtwerke und andere Stromversorger sollen dabei unter-stützt werden, mit dem Einsparen von Energie Geld zu verdienen. Ein entsprechendes Geschäftsmodell schlägt der Think Tank „Agora Energiewende“ vor. Indem die Politik die Unternehmen beim Energie-sparen unterstützt, könnte Deutschland den europäischen Energieeffizienzzielen näherkom-men.

Der Vorschlag sieht vor, dass die Energieunternehmen eine Förde-rung dafür erhalten, wenn sie im großen Stil beispielsweise strom-

fressende Heizungspumpen und Glühlampen gegen effiziente Hei-zungspumpen und LED-Birnen aus-tauschen. Haushalte und Unterneh-men müssten dann nicht die vollen Kosten zahlen, sondern nur einen reduzierten Betrag.

Der Think Tank Agora, bis Ende vergangenen Jahres geführt vom heutigen Wirtschaftsstaatssekretär Rainer Baake, pflegt beste Kontakte ins Wirtschafts- und Umweltressort und ist in ministeriumsinterne Be-ratungen oft direkt eingebunden. Die Chancen, dass der jüngste Vor-schlag in der Bundesregierung Re-

sonananz findet, stehen somit gut. Finanziert werden sollen die Zu-schüsse aus dem gleichen Topf, aus dem bisher besonders energieeffi-ziente Kraftwerke – die Kraft-Wär-me-Kopplungsanlagen (KWK) - be-zuschusst werden. Dafür zahlen die Stromverbraucher die sogenannte KWK-Umlage in Höhe von derzeit 0,181 Cent pro Kilowattstunde. Durch die Einbeziehung von Ener-gieeffizienzmaßnahmen würde die KWK-Umlage in eine Effizienz-Umlage umgewandelt und sich für eini-ge Jahre um 0,3 Cent pro Kilowatt-stunde Stromverbrauch erhöhen,

rechnet Agora vor. Das entspricht bei einem Durchschnittshaushalt 10,50 Euro pro Jahr. „Welche Unter-nehmen mit Energieeffizienzmaß-nahmen im Strombereich beauf-tragt werden, soll im Rahmen von Ausschreibungen ermittelt wer-den“, sagt Patrick Graichen, Direk-tor von Agora Energiewende.

Die Politik könnte mit der Idee nicht nur den EU-Zielen zur Effi-zienzsteigerung ein Stück näher-kommen, sondern zugleich den dar-benden Stadtwerken helfen, die mit der Stromerzeugung nicht mehr viel Geld verdienen. str

Handelsblatt
DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Verleger: Dieter von Holtzbrinck
Herausgeber: Gabor Steingart

Redaktion
Chefredakteur: Hans-Jürgen Jakobs
Stv. Chefredakteur: Sven Affhüppe, Thomas Tuma
Mitglied der Chefredaktion: Oliver Stock
Managing Editor: Florian Kolf
Textchef: Rüdiger Schmitz-Normann

Ressortleiter und verantwortliche Redakteure:
Claus Baumann (Aktuelles), Dirk Hellmann (Chefkonom), Tanja Kewes (Chefreporterin), Robert Landgraf/Michael Maisch (Finanzzeitung) / V. Dr. Jens Manchmann (Konjunktur & Geldpolitik), Sven Prange (Chefreporter), Wolfgang Reuter (Unternehmen & Märkte), Thomas Sigmund (Wirtschaft & Politik)

International Correspondents: Mathias Brüggemann, Torsten Riecke
Verantwortlich im Sinne des Presserechts sind die jeweiligen Leiter für ihren Bereich. Im Übrigen die Chefredaktion.

Handelsblatt Online
Chefredakteur: Oliver Stock
Stv. Chefredakteur: Stefan Menzel, Marc Renner (Chef vom Dienst)
Ressortleiter: Jessica Schwarzer (Finanzen), Nils Rüdel (Politik),

Vertrieb Einzelverkauf:
DPV Deutscher Pressevertrieb GmbH, www.dpv.de

Handelsblatt Live
Chefredakteur: Sonke Iwersen

Handelsblatt Research Institute
Tel.: 0211 - 887-11 00, Telefax: 0211 - 887-97 11 00, E-Mail: info@handelsblatt-research.com
Bert Rürup (Präsident), Dirk Hinrich Heilmann (Geschäfts-führender Direktor und Chefkonom)

Verlag
Handelsblatt GmbH (Verleger im Sinne des Presserechts).
Geschäftsführung: Gabor Steingart (Vorsitzender), Frank Dopheide, Claudia Michalski, Ingo Ripper
Anzeigenleitung: Patrick Priesmann
Verantwortlich für Anzeigen: Peter Diesner
Erfüllungsort und Gerichtsstand: Düsseldorf.

Anschrift von Redaktion, Verlag und Anzeigenleitung:
Kasernenstr. 67, D-40233 Düsseldorf, Tel. 0211 - 887-0

International Correspondents: Mathias Brüggemann, Torsten Riecke
Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte, Unterlagen und Fotos.
Die ISSN-Nummer für das Handelsblatt lautet: 0017-7296

Handelsblatt Online
Axel Springer SE, Offsetsdruckerei Kettwig, Im Teufelbusch 100, 45239 Essen
Axel Springer SE, Druckhaus Spandau, Brunsbüttler Damm 156-172, 13581 Berlin
Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer Strasse 40, 81677 München

Vertrieb Einzelverkauf:
DPV Deutscher Pressevertrieb GmbH, www.dpv.de

Abonnementenservice:
Kundenservice Handelsblatt: Postfach 9244, 97052 Würzburg
Telefon: 0800 - 0002055*, Telefax: 0211 - 887-36 05
E-Mail: hb.aboservice@vhb.de
*(gebührenfrei innerhalb Deutschlands)

Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Hellertorstraße 2-4, 60327 Frankfurt am Main, übermittelt.

Anzeigen:
Anzeigenverkauf Handelsblatt
Telefon: 0211 - 887-33 55, Telefax: 0211 - 887-33 59
E-Mail: salesupport@sigm.de
Internet: www.igim.de

Anzeigenverkauf Handelsblatt.com
Telefon: 0211 - 887-26 26, Telefax: 0211 - 887-97 26 56
E-Mail: info@sigm.de
Internet: www.igdigital.de

Anzeigenverkauf Handelsblatt
Telefon: 040 - 32 80 152, Telefax: 040 - 32 80 472
E-Mail: henke@chancenundkarriere.de
Internet: www.chancenundkarriere.de

Anzeigenposition Handelsblatt
Telefon: 0211 - 887 - 26 60
Telefax: 0211 - 887 - 97 26 60
E-Mail: dispoha@sigm.de

Redaktion:
Telefon: 0211 - 887-97 12 40
E-Mail: handelsblatt@vhb.de

Wirtschaft und Politik
Telefon: 030 - 61 68 61 92
Telefax: 0211 - 887-97 80 27
E-Mail: hb.wipo@vhb.de

Unternehmen und Märkte
Telefon: 0211 - 8 87 -13 65
Telefax: 0211 - 8 87-97 12 40
E-Mail: hb.um@vhb.de

Finanzzeitung
Telefon: 0211 - 887-4002
Telefax: 0211 - 887-97 41 90
E-Mail: hb.fz@vhb.de

Kunstmarkt
Telefon: 0211 - 887-12 53
Telefax: 0211 - 887-97 80 29
E-Mail: hb.kunstmarkt@vhb.de

Namen und Karriere
Telefon: 0211 - 887-97 60
Telefax: 0211 - 887-97 27 60
E-Mail: hb.karriere@vhb.de

Handelsblatt Veranstaltungen
Telefon: 0211 - 96 86 30 00
Telefax: 0211 - 96 86 40 00
E-Mail: info@euroforum.com
Internet: www.handelsblatt.com/veranstaltungen

Das Handelsblatt wird ganz oder in Teilen im Print und digital verbreitet.
Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitung darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter dieses Verbot fällt insbesondere auch die Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-ROM.

Artikelanfragen
Abonnenten erhalten einen Artikel kostenlos
Telefon: 0211 - 887-98 88 (mo-fr: 9-12 Uhr)
Telefax: 0211 - 887-97 28 20
E-Mail: artikelanfragen@vhb.de

Nutzungsrechte
Telefon: +49 (0) 69 7991 29 30 (Dieser Service steht Ihnen Mo-Fr zu den üblichen Bürozeiten zur Verfügung)
E-Mail: nutzungsrechte@vhb.de

Sonderdruck
Telefon: 0211 - 887-17 23
Telefax: 0211 - 887-97 23
E-Mail: afaehrmann@vhb.de

Für die Übernahme von Artikeln in interne elektronische Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte über die PMG Presse-Monitor GmbH. Telefon: 030/284930 oder www.presse-monitor.de.
Die ISSN-Nummer für das Handelsblatt lautet: 0017-7296